

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pfg., bei Selbstabholung 80 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.40 Mk., für 1 Monat 80 Pfg. (Postgebühr vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Lauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18008.

Anzeigen kosten die 7 gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Vorkauf 20 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5.— Mk. — Schluss der Annahme von Anzeigen für die künftige Nummer stellt 0 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Lauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Anzeigen-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Tageskalender.

Die gegenwärtig in Köln tagende Generalversammlung des Lagerhalterverbandes beschloß die Verschmelzung mit dem Handlungsgesellenverband.

Die parlamentarische Nationalliberale Korrespondenz erklärt sich gegen die Einberufung des Reichstags zur Verringerung der Pflanzsteuer.

In Dolan an der Bahn Salomir-Serres explodierte eine Bombe, wodurch angeblich 25 Personen getötet und gegen 80 verwundet wurden.

Die Vereinigten Staaten gestatteten den Durchgang mexikanischer Truppen durch amerikanisches Gebiet.

Kautsky über „die neue Taktik“.

Von Anton Pannekoek.

Leipzig, 11. September.

V. Der Kampf gegen den Krieg.

Seit einigen Jahren bildet die Kriegsgefahr eine stete Beunruhigung der Volksmassen; immer aufs neue muß man darauf gefaßt sein, daß die imperialistischen Gegensätze einen Weltbrand zu entfachen drohen. Für das internationale Proletariat gilt es in diesem Augenblick kaum eine wichtigere taktische Frage als die Frage, wie der Krieg zu verhindern sei. Es ist klar, daß alle Vorschläge, eine internationale Rüstungsbeschränkung zu fordern, hier wertlos sind. Nicht nur deshalb, weil in den Ländern, die kapitalistisch importieren und sich einen Anteil der Welt erwerben wollen, die ganze bürgerliche Welt hinter dem Imperialismus und seinen Rüstungen steht, wie wir auch in Deutschland sehen. Sondern auch, weil dabei Ursache und Wirkung verwechselt werden; die Kriegsgefahr entsteht nicht durch die Rüstungen — wie Kautsky nach dem alten Muster noch einmal in der letzten Neuen Zeit zu beweisen sucht —, sondern die Rüstungen entspringen aus dem festen Willen bei jeder Partei, mit aller Macht seine Forderungen durchzusetzen oder seinen Besitzstand zu verteidigen.

Mit dieser machtlosen Forderung wird also die Kriegsgefahr nicht im geringsten verringert. Das Proletariat kann plötzlich bei einem aus nächster Nähe drohenden Krieg vor der Frage stehen, was zu tun ist. Die Partei hat das allergrößte Interesse daran, sich über diese Frage möglichst klar zu werden. Dabei handelt es sich aber nicht darum, Parteibeschlüsse zu fassen; nicht diese beherrschen den Gang der Welt in solchen kritischen Zeiten, sondern die tiefsten Leidenschaften, die die Massen beherrschen und sich dann mit unwiderstehlicher Gewalt durchsetzen. Wenn die Partei wiederholt ihre Gegnerschaft zum Krieg beteuert, und wenn einzelne Wortführer gelegentlich ihre Bereitschaft erklären,

das Vaterland zu verteidigen, so mögen das kleine Symptome sein, aber weiter bedeuten sie nichts. Darüber sind Kautsky und wir uns einig, daß es sich um die Frage handelt: was werden die Massen im Kriegsfall tun? In welchem Sinne werden ihre tiefsten Leidenschaften sie dann treiben? Die Antwort kann also immer nur eine Schlussfolgerung, eine Erwartung, eine Voraussage sein, keine Tatsache von heute.

Aber Kautsky und wir suchen die Antwort in gerade entgegengesetzter Richtung. Kautsky ist der Meinung, daß im tiefsten Herzensgrund des Proletariats eine patriotische Leidenschaft steht, die ihn dazu treibt, voller Begeisterung zu den Grenzen zu eilen, wenn nur die eigene Regierung so geschickt operiert, daß die andre als der Angreifer erscheint. Daß sie dafür sorgen kann und wird, hat Kautsky selbst auf dem Essener Parteitag erklärt, als er gegen Bebels Unterscheidung von Angriff- und Verteidigungskrieg polemisierte. Dann vergessen die sozialdemokratischen Arbeiter ihren Sozialismus, und alles, was sie in der Parteipropaganda über die kapitalistischen Ursachen der Kriege lernten; dann verbrüdernd sie sich mit der Bourgeoisie und werden zu einer Menge, die während über jeden herfällt, der etwas gegen den Krieg unternehmen will.

Ist es einmal so weit gekommen, daß die Bevölkerung nicht in der eigenen Regierung, sondern in der Bösartigkeit des Nachbarn die Kriegsursache erblickt, dann entbrennt in der ganzen Bevölkerung auch einmütig das heisse Bedürfnis nach Sicherung der Grenze vor dem bössartigen Feinde, nach Schutz vor seiner Invasion. Da werden zunächst alle zu Patrioten, auch die internationalen Gesinnten, und wenn einzelne den imperialistischen Mist haben sollen, so dagegen aufzukommen und -hindern zu wollen, daß das Militär zur Grenze eilt und auf reichliche mit Kriegsmaterial versehen wird, so -brachte die Regierung keinen Finger zu rühren, sie ungeschädigt zu machen. Die wütende Menge würde sie selbst erschlagen.

So sieht das Zukunftsbild aus, das Kautsky in seinem Materialismus von 1911 entwarf.

Demgegenüber legte ich in meinem Artikel dar, daß die Wirkung eines modernen Krieges, anders als in der Zeit der vorwiegend bäuerlichen und kleinbürgerlichen Produktion, vor allem in einer gewaltigen ökonomischen Krise besteht, die den ganzen hochentwickelten Gesellschaftsorganismus lähmt und die Quellen des Lebens der weitesten Volkskreise verschüttet.

Der Schrecken eines solchen Krieges ist nicht beschränkt und kaum konzentriert auf die Gebiete, wo die Schlachten geschlagen werden, sondern erstreckt sich auf das ganze Land. Auch wenn der Feind draußen bleibt, ist die Katastrophe im eigenen Lande nicht weniger groß. Für ein modernes kapitalistisches Land ist nicht die Invasion des Feindes, sondern der Krieg selbst das große Unglück, das in erster Linie die proletarischen Massen, die am meisten durch die Krise zu leiden haben, zur Gegenaktion aufregt. Das Ziel dieser Aktion, das die Massen zur höchsten Leidenschaft aufrüttelt, ist nicht, den Feind fernzuhalten, wie in der alten Bauernzeit, sondern den Krieg zu verhindern.“ (S. 612.)

Weil ihre tiefsten Lebensinteressen sie zu diesem Kampf zwingen, werden die Massen, wenn sie durch eine so furcht-

bare Katastrophe bedroht werden, mit Notwendigkeit zur Abwehr greifen und den Versuch machen, den Krieg zu verhindern. Zwar müssen dabei dann mächtige Traditionen, vor allem das Gefühl, das sie gegen die Allmacht des Militärs nichts machen können, überwunden werden, aber aus der Not des Augenblicks wird auch das Bewußtsein der eigenen Kraft emporschlagen. Daher erscheint es mir unausbleiblich, daß das Proletariat einen Versuch machen wird, den Krieg zu verhindern.

Eine Arbeiterklasse, die vierzig Jahre intensiver grundsätzlicher sozialistischer Aufklärung durchgemacht hat, wird sich nicht mehr mit dem Gefühl vollkommener Machtlosigkeit auf die Schlachtfelder schleppen lassen. Das deutsche Proletariat, das an Organisationsmacht voransteht in der Welt, kann den Machtkationen des internationalen Großkapitals gegenüber weder talentlos in Ruhe verharren, noch sich auf angebliche Friedensstendenz der bürgerlichen Welt verlassen. Es wird nicht anders können als eingreifen, sobald die Kriegsgefahr aufkommt, und seine Macht den Machtmitteln der Regierung gegenüberstellen.

Welche Formen diese Aktionen annehmen werden, hängt wesentlich von den Verhältnissen, von der Größe der Gefahr und den Aktionen des Feindes, der regierenden Klasse ab. Sie schließt in ihrer einfachsten Form an die Tatsache an, daß das Kapital sich vor allem durch Rücksicht auf das Proletariat vom Kriege abhalten läßt. Ist das Proletariat machtlos, gleichgültig, regt es sich nicht, so dünt die Bourgeoisie diese Gefahr nicht groß und wird sie leichter einen Krieg wagen. Die Protestationen des Proletariats tragen daher in ihrer ersten Form den Charakter einer Warnung, damit die herrschende Klasse sich der Gefahr bewußt und zur Vorsicht gemahnt wird. Gegen die Kriegsgefahr der internationalen kapitalistischen Kreise muß es durch internationale Demonstrationen einen Druck auf die Regierungen ausüben, um sie einzuschüchtern. Je drohender aber die Kriegsgefahr wird, um so nachdrücklicher müssen die weitesten Volkskreise aufgerufen werden, um so energischer und schärfer werden die Demonstrationen sich gestalten; vor allem wenn von gegnerischer Seite verflucht wird, sie gewaltsam zu unterdrücken. Weil es sich dabei um eine Lebensfrage des Proletariats handelt, wird es schließlich auch zu den allerstärksten Mitteln, wie zum Beispiel Waffestreiks, greifen müssen. So entwickelt sich der Kampf zwischen dem Kriegswillen der Bourgeoisie und dem Friedenswillen des Proletariats zu einem Stück gewaltigen Klassenkampfes, für das alles gilt, was zuvor über die Bedingungen und Wirkungen der Massenaktionen zur Eroberung eines demokratischen Wahlrechts gesagt wurde. (S. 615.)

Dies ist also ein anderes Zukunftsbild, dem Kautskyschen völlig entgegengesetzt. Wer hat recht?

Es ist klar, daß keine Erfahrung der Gegenwart eine Entscheidung geben kann. Wenn Kautsky mich darauf hinweist, daß die Masse so nicht handeln wird, da es doch jetzt in der Sozialdemokratie nicht einmal viele Genossen gibt, die meinen Standpunkt teilen, wie Ausführungen von Bebel, Guesde und ihm selbst aus 1907 zeigen — so können wir ihm daselbe von seinem Zukunftsbild sagen, das zu dem Inhalt und dem Geiste unserer ganzen Agitation in Widerspruch steht. Aber wir wissen, daß in den gewöhnlichen Parteianschauungen ein großes Stück Tradition steckt. Sonst stirbt diese Tradition nur allmählich und langsam weg; aber in Zeiten gewaltiger Spannung und Krise, wenn der Geist

Feuilleton.

Das rote Zimmer.

Schilderungen aus dem Künstler- und Schriftstellerverleben.
Von August Strindberg.

Unten auf der Straße stand Ole und wartete.
— „Ich habe wirklich nicht geglaubt, daß du kommen würdest, sagte Ole. Es ist oben so schön erleuchtet.“
— „So, darum! Ich möchte, du wärest dabei gewesen.“
— „Na, wie macht sich Lundell in seiner Gesellschaft?“
— „Beneide ihn nicht. Er wird schon bittere Tage genug erleben, wenn er als Porträtmaler seinen Weg machen will. Aber laß uns von was anderem sprechen. Ich habe mich wirklich nach diesem Abend gesehnt, wo ich die Arbeiter aus näherer Entfernung sehen werde. Oh, ich glaube, das wird wie frische Luft sein, nach diesem Qualm; es ist mir als dürste ich in den Wald gehen, nachdem ich im Krankenhaus krank gelegen! Wird mir diese Illusion auch geraubt werden?“
— „Der Arbeiter ist mißtrauisch, und du mußt vorsichtig sein.“
— „Ist er edel? Ist er frei von Kleinlichkeit? Oder hat der Druck ihn auch verdorben?“
— „Du wirst ja sehen. So vieles ist anders in der Welt, als man sich vorstellt.“
— „Ja, das ist es leider!“
In einer halben Stunde befanden sie sich in dem großen Saal des Arbeitervereins Nordstern, wo bereits viele Arbeiter versammelt waren. Falls schwarzer Frack machte keinen guten Eindruck, und er erhielt manchen unfreundlichen Blick aus finsternen Gesichtern.
Ole stellte sich einem langen, hageren, hustenden Mann von leidenschaftlichem Aussehen vor:

— Tischer Eriksson!
— So, sagte der. Ist das auch so ein Herr, der Abgeordneter werden will? Dafür steht er mir doch zu schmächtig aus.
— Nein, nein, sagte Ole, er kommt für die Zeitung!
— Was für eine Zeitung? Es gibt so viele Sorten Zeitungen. Vielleicht ist er hier, um sich über uns lustig zu machen?
— Nein, keineswegs, sagte Ole; er ist ein Arbeiterfreund und will alles für euch tun.
— So! Das ist eine andre Sache! Aber ich bin bange vor solchen Herren; wir hatten einen, der bei uns wohnte; das heißt, er wohnte im selben Haus in den weißen Bergen; er war Vizewirt — Strune hieß die Kanaille.
Ein Hammer Schlag fiel, und auf den Stuhl des Vorsitzenden setzte sich ein Mann von mittleren Jahren. Es war der Stellmacher Löfgren, Stadtverordneter und Inhaber der Medaille Litteris et artibus. Durch die Bewältigung kommunaler Ämter hatte er sich eine große Theaterrolle erworben; und sein Äußeres hatte ein Gepräge von Ehrwürdigkeit angenommen, das Stürme zum Schweigen bringen und Lärm ersticken konnte. Eine große Richterperücke beschattete ein breites Gesicht, das mit Badenbarr und Brille geschmückt war.
An seiner Seite saß der Sekretär, in dem Fall einen Diätar vom großen Kollegium erkannte. Der hatte ein Pincenez auf und drückte mit dem Grinsen eines Bauern seine Mißbilligung über alles aus, was gedeutet wurde.
Auf der ersten Bank saßen die vornehmsten Mitglieder, Offiziere, Beamte, Grossisten, die alle lokalen Vorschläge kräftig unterstützten und mit überlegenem parlamentarischen Geschick alle Reformversuche niederstimmten.
Das Protokoll wurde vom Sekretär verlesen, angenommen und von der ersten Bank genehmigt. Darauf kam der erste Punkt der Tagesordnung an die Reihe.
— „Der vorbereitende Ausschuss stellt anheim, ob der Arbeiterverein Nordstern nicht seiner Mißbilligung Ausdruck geben will, die jeder rechtenden Bürger gegenüber

den ungeseligen Bewegungen fühlen muß, die unter dem Namen Streik jetzt durch fast ganz Europa gehen.“
— Ist der Verein der Meinung...
— Ja, ja, sagte die erste Bank.
— Herr Vorsitzender! rief der Tischer aus den weißen Bergen.
— Wer macht dahinten solchen Lärm? fragte der Vorsitzende und sieht unter der Brille mit einer Miene hervor, als wolle er den Rührstock holen.
— Hier macht niemand Lärm; ums Wort habe ich gebeten, sagte der Tischer.
— Wer ist ich?
— Tischlermeister Eriksson!
— Ist er Meister? Wann ist er das geworden?
— Ich bin ausgelehrter Geselle und habe nie die Mittel bejessen, das Bürgerrecht zu erwerben, ich bin aber so geschick wie irgendein anderer und ich arbeite selbständig.
— Will Tischlermeister Eriksson sich gültig setzen und nicht weiter stören. — Ist nach Ansicht des Vereins die Frage mit Ja beantwortet?
— Herr Vorsitzender!
— Um was handelt es sich?
— Ich bitte ums Wort! Lassen Sie mich sprechen, Herr! brüllte Eriksson.
— Eriksson hat das Wort! murmelte man im Hintergrund.
— Geselle Eriksson — buchstabiert er sich mit einem x oder einem z? fragte der Vorsitzende, dem der Sekretär soufflierte.
Ein lautes Lachen erschallte auf der ersten Bank.
— Ich buchstabiere überhaupt nicht, meine Herren, ich distanziere, sagte der Tischer mit glühenden Augen; ja, das tue ich! Wenn ich das Wort in meiner Macht hätte, würde ich sagen, die Streikenden haben recht; denn wenn die Meister und Prinzipale fett werden, weil sie nichts anderes tun, als auf Aufwartungen und solchem Scheiß scherzhaft, so muß es der Arbeiter mit seinem Schweiß bezahlen. Aber

Der Menschens auf höchste angeregt und ausgerüstet wird, wenn seine tiefsten Lebensinteressen in Frage kommen, dann durchdringt das wirkliche Klasseninteresse alle überlieferten traditionellen Schranken.

Darin liegt die Kraft und die Bedeutung des Marxismus, daß er uns gestattet, aus der Einsicht in die Klasseninteressen der Menschen auf ihre Taten zu schließen, so daß wir nicht einfach zu phantastieren oder uns auf ihre heutigen Ideologien zu verlassen brauchen. Das führt Kautsky auch; abgesehen seine Anschauung im Grunde auf dem Glauben an die Macht der übernommenen bürgerlichen nationalistischen Ideologie beruht, sucht er sie doch marxistisch, durch materielle Interessen zu begründen. Daher wies er auf die Gefahren der Invasion hin. Demgegenüber hoben wir hervor, daß die Invasion des Feindes unter der alten, lokalen bäuerlichen und Kleinbürgerlichen Wirtschaftsweise in der Tat das Hauptübel des Krieges sei, und daß daraus der instinctive Trieb in diesen Klassen begreiflich ist, zu den Grenzen zu eilen und den Feind abzuwehren — dessen Echo in Kautskys Darlegung zu hören ist. Aber für das moderne Proletariat gilt das nicht. Ob die Schlachten hier oder im Ausland geschlagen werden, was weniger von der Kriegsbereitschaft der Arbeiter als von der militärischen Stärke und Kriegsbereitschaft der beiden Staaten abhängt — das Hauptübel bleibt für das Proletariat fast dasselbe. Dieses Hauptübel nimmt seinen Lauf, wenn die Arbeiterschaft zu den Grenzen eilt; es wird beseitigt, wenn es gelingt, den Krieg zu verhindern.

Kautsky stellt die Frage, ob z. B. die deutschen Arbeiter, wenn sie den Krieg verhindern, damit nicht in die Karte der andern Regierung spielen, die dann, ohne Widerstand zu finden, ihre Truppen in Deutschland einmarschieren lassen könnte. Zunächst ist dazu zu bemerken, daß es sich bei der proletarischen Aktion nicht um eine Militärrevolte handelt, die die Armee desorganisiert — der Kampf des sozialistischen Proletariats gegen den Krieg hat mit der anarchistischen Dienstverweigerung nichts gemein —, sondern um einen politischen Druck auf die eigene Regierung, der sie zum Nachgeben zu zwingen sucht, der also indirekt auch gegen die fremde Regierung gerichtet ist. Und tatsächlich wurde in so einem Falle die fremde Regierung ganz andere Sorgen im Kopf haben, als „die inneren Schwierigkeiten“ des Gegners auszunutzen; sie würde die Hände voll haben mit den eigenen Proletariaten, auf die das Beispiel der deutschen Arbeiter einen ungeheuren Einfluß ausüben würde. Ein solcher Klassenkampf hätte eine so gewaltige revolutionäre Bedeutung, daß dagegen die Streitigkeiten der Regierungen sofort in den Hintergrund geraten würden. Darin liegt auch die Tatsache begründet, daß eine solche Stellung zum Kriege nicht möglich war, solange unter den feindlichen Staaten sich einer befand ohne proletarische Klasse, die ihrer Regierung entgegentreten könnte — das frühere Rußland vor 1904.

Soweit es also richtig ist, daß das tiefste wirkliche Klasseninteresse des Proletariats seine Haltung und sein Auftreten bei einem drohenden Krieg bestimmen wird, wird es nicht nach Kautskys, sondern nach unsern Erwartungen handeln. Es wird nicht zurückfallen für nationalistischen, sondern emporsteigen zur revolutionären Leidenschaft. Kautsky weist auf die Praxis der englischen Arbeiter im Burenkrieg, der russischen in 1904, der italienischen in 1911 hin. Aber es ist klar, daß diese Beispiele für das deutsche Proletariat nichts beweisen; überall fehlte die lange Schulung im Klassenkampf, das tiefe sozialistische Klassenbewußtsein, wo das Bewußtsein, eigne Klasseninteressen zu haben, noch fehlt, kann von einem Handeln nach solchen Interessen auch noch keine Rede sein.

Kautsky glaubt mir die Tatsache entgegenhalten zu können, daß erst eine Minderheit der Wähler sich für die Sozialdemokratie ausspricht. Als ob man, um einen Kampf führen zu können, zuerst eine Mehrheit sein muß. Daß nur erst ein Drittel aller Wähler für unsre Partei eintritt, ist nicht ausschlaggebend; für die politischen Aktionen, die hier in Frage kommen, zählt ein zerstreutes, durch Junter terrorisiertes Bauerntum nicht mit, sondern die großstädtischen Proletariatsmassen geben da den Ausschlag. Dafür werden zweifellos auch Arbeitermassen, die jetzt durch einen schweren Druck von unsrer Bewegung ferngehalten werden, durch eine Aktion mit angestekt werden,

die so klar ihre ureigenen Interessen vertritt. Auch unterschätzen wir durchaus nicht die Macht der Tradition, der bürgerlich-nationalistischen Ideologie. Wir sind durchaus nicht der Meinung, daß sofort bei der ersten Gelegenheit die ganze Bevölkerung sich einmütig erheben wird; erst im Fortgang der Aktion wird diese immer weiter um sich greifen. Aber bei der organisierten Geschlossenheit der in den Großstädten zusammengebrängten Proletariatsmassen, bei dem Machtbewußtsein, das dadurch in ihnen aufwacht, bei dem tief in ihrem Geiste eingegrabenen sozialistischen Klassenbewußtsein, hatten wir es für ausgeschlossen, daß von diesen Massen bei drohender Kriegsgefahr nicht die energischsten Versuche gemacht werden, bis zu den kräftigsten Aktionen fortschreitend, das Unheil abzuwenden — gleichgültig, ob wir das wünschen oder fürchten.

Weil Kautsky nicht dieses Vertrauen in die proletarischen Massen hat, ist er gezwungen, seine Hoffnung auf angebliche Abwärtstendenzen in der bürgerlichen Welt zu stellen. Wir stellen dem die Auffassung gegenüber, daß das Proletariat gegen die Gefahren, womit die imperialistische Entwicklung es bedroht, nur auf sich selbst zu rechnen hat, und daß es in sich selbst die einzige Macht findet, diesen Gefahren wirksam entgegenzutreten.

Der achte skandinavische Arbeiterkongress.

Stockholm, 8. September.

In der Frage der antimilitaristischen Agitation konnte die zehnjährige Kommission einig werden; dazu liegt eine einheitliche Kommissionsresolution vor. Sie schlägt sich den Beschlüssen der internationalen Sozialistenkongresse an und fordert die Freiheit für jedes Land, über die Form seiner antimilitaristischen Agitation selbst zu entscheiden. In der Frage aber, wie Kriege zu verhindern sind, hat sich die Kommission in zwei gleich starke Gruppen geteilt. Zur ersten Gruppe gehörten neben den Schweden Branting und Thorsen sämtliche dänische Kommissionsmitglieder. Der Resolutionentwurf dieser Gruppe verweist auf die Forderungen der internationalen Sozialistenkongresse, obligatorische Schiedsgerichtsentscheidungen der Streitigkeiten der Nationen untereinander herbeizuführen, und fordert von den skandinavischen Parteien, daß sie bei drohenden Konflikten sofort einig zusammenwirken und alle Machtmittel der Arbeiterklasse in Anwendung bringen, um die Forderung der schiedsgerichtlichen Entscheidung durchzusetzen. Die zweite Gruppe bestand aus drei norwegischen Antimilitaristen, einem schwedischen Jungsozialisten und einem Finnländer. Diese Kommissionsgruppe fordert Festlegung der anzuwendenden Mittel, um die schiedsgerichtliche Entscheidung zu erzwingen. Und zwar sollte teils der Generalstreik, teils der Militärestreik in Anwendung kommen.

Auf dem Kongress wurden die beiden Gruppen von Branting, Schweden und Bonnevie, Christiania vertreten. Der Antragsteller und Vertreter des General- und Militärestreiks, Bonnevie, ist Referent der norwegischen Armee und vom Kaiserhof direkt zum Kongresslokal gereist, um seiner antimilitaristischen Überzeugung dahin Ausdruck zu geben, daß die Ausübung des Kriegsdienstes durch einen Streik verweigert werden muß. Die von Branting vertretene Resolution der Gruppe I fand nach einem heftigen Geplänkel zwischen den beiden Richtungen mit großer Mehrheit Annahme. Mit gleicher Mehrheit wurde die Militärestreikresolution der zweiten Gruppe abgelehnt.

Am Donnerstag früh wurde sodann die zurückgelassene Diskussion über den Vortrag Lian: Die gewerkschaftliche Taktik und die Organisationsformen fortgesetzt. Auch hier standen sich zwei Richtungen gegenüber, abgesehen die zweite (syndikalistische) Richtung nur aus wenigen Personen bestand. Soweit diese auf dem Kongress sich zu erkennen gab, stand sie auf dem Boden parlamentarischer Aktion, lehnte also in diesem Punkte den anarchistischen Syndikalismus ab. Aber sie akzeptierte die syndikalistischen Kampfmittel: Sabotage, Generalstreik usw., und lehnte das gewerkschaftliche Unterstützungswesen ab. Vertreten wurde diese Auffassung von T. van A. Norwegen, der seinen Landmann Lian scharf bekämpfte. Daneben lief noch ein schwedischer Streik einher über die Aufgaben der Landesorganisation und ihrer Unterstützungspflicht. Der Vorsitzende der schwedischen Metallarbeiter, Johansson, Stockholm, bekämpfte die nationalzentralistische Unterstützung; er will vielmehr durch internationale Berufsverbände die Unterstützung sichern, wobei er u. a. die Frage offen läßt, wie sich diejenigen helfen sollen, für die solche Verbindungen nicht geschaffen werden können. Sowohl Cohen in Berlin wie der Vorsitzende der dänischen Maschinenbauer traten ihm entgegen. Cohen verteidigt die deutsche Auffassung, daß internationale Unterstützung nur gewährt werden kann, wenn alle nationalen Quellen erschöpft sind. Cohen warnte mit großer Schärfe seinen Kollegen Johansson vor einer Separierung der schwedischen Gewerkschaften, die nur mit einer schweren Enttäuschung der schwedischen Metallarbeiter enden würde. In der Abstimmung fiel der syndikalistische Antrag durch, während der Antrag Johanssons, die Frage offen zu lassen, und nur für eine intensive Agitation und Aufklärungsarbeit einzutreten, nur 20

Billigung jener Arbeiterunruhen, die unter dem Namen Kommune Frankreichs Hauptstadt verheeren, Gelder zu einer Ehrengabe zu sammeln, deren Wert jedoch dreitausend Kronen nicht übersteigen darf.“

— Herr Vorsitzender!
— Doktor Habersfeld!
— Nein, ich wurs, Erifson; ich bitte ums Wort!
— So! Na! Erifson hat das Wort!
— Ich möchte nur erklären, daß nicht der Arbeiter die Kommune in Paris gemacht hat, sondern Beamte, Advokaten, Offiziere — ja! solche Wehrpflichtige — und Zeitungsschreiber. Wenn ich das Wort in meiner Macht hätte, würde ich diese Herren bitten, ihren Gefühlen in einem Konfirmationsalbum Ausdruck zu geben.

— Beantwortet der Verein die Frage mit Ja?
— Ja! Ja!

Und darauf begann ein Schreiben des Schreibers und ein Kollationieren und ein Schwätzen, ganz wie im Reichstag.

— Geht es hier immer so zu? fragte Fall.
— Können Sie Lustig, Herr? antwortete Erifson. Das Haar könnte man sich ausraufen! Korruption und Verräterei nenne ich dies. Nur Eigennutz und Erbarmlichkeit! Nicht ein Mann mit einem Herzen, der die Sache weiter führt! Darum wird es auch dahin kommen, wohin es kommen muß!

— Wohin denn?
— Wir werden ja sehen! sagte der Tischler und ergriff Alles Hand. Bist du bereit? fuhr er fort. Steh deinen Mann, denn kritisiert wirst du!
Alle nickte schau.

— Ornamentbildhauergeßel Ole Montanus hat einen Vortrag über Schweden angemeldet, begann der Vorsitzende wieder; der Stoff ist ja etwas groß, dünkt mich, und etwas allgemein gehalten; wenn er aber verspricht, es in einer halben Stunde abzumachen, so wollen wir ihn anhören. Was meinen Sie, meine Herren?

— Ja!
— Herr Montanus, bitte, treten Sie vor,
(Fortsetzung folgt.)

Stimmen erhielt. Die Resolution der Kommission (Lian Zeitliche), die die gleichen gewerkschaftlichen Auffassungen, wie sie auch im wesentlichen in Deutschland bestehen, vertritt, wurde darauf mit weit überwiegender Mehrheit angenommen.

Es folgte die Annahme einer Resolution zur Einwanderungsfrage, die sich dem Beschluß des Stuttgarter internationalen Kongresses anschloß. Weiter wurde beschlossen, die skandinavischen Arbeiterkongresse künftig nur noch Bedarf einzuberufen. Nach den üblichen Abschiedsreden wurde der Kongress Donnerstag nachmittag geschlossen.

Britischer Gewerkschaftskongress.

L. K. Newport, 5. September.

Vierter Tag.

Die heutige Sitzung erwies sich als die interessanteste und wichtigste der bisherigen Tagung. Zuerst wurde die schon gestern abend begonnene Diskussion über die Einführung des obligatorischen Schiedsgerichts wieder aufgenommen. Die Frage hat gegenwärtig in England die denkbar größte Bedeutung. Anlässlich des letzten Londoner Hafenarbeiterstreiks verlor die Regierung im nächsten Jahre eine Vorlage zur Vermeidung von Streiks und Ausperrungen einbringen werde, und der Industriekommissar Sir George Alcock ist bereits mit zwei Beamten des Arbeitsamts des Handelsministeriums nach Kanada abgereist, um die Funktion und Wirkung der dortigen Remuneration zu studieren. Es mag bei dieser Gelegenheit auch daran erinnert werden, daß der Arbeiterabgeordnete Will Crooks im vorigen Jahre auf eigene Faust eine Vorlage nach dem Muster dieses kanadischen Gesetzes im Unterhause einbrachte und sich dafür die spezielle Mißbilligung des vorjährigen Gewerkschaftskongresses verschafft hat. Die Erklärung Lord Georges kam jedenfalls zu spät, um die Vorbereitung einer darauf bezüglichen gründlichen Resolution für diesen Kongress zu ermöglichen. Die Debatte mußte deshalb an eine etwas lausig abgefeimte Resolution der D. O. C. anschließen, die von Ben Tillet in einer nicht minder lausigen Rede begründet wurde. Ben Tillet, der für einen der revolutionärsten Gewerkschaftsführer gilt, wohl auch mit dem Syndikalismus sympathisiert, zeichnet sich neben andern Eigenschaften auch dadurch aus, daß er aus Australien einen Glauben an das obligatorische gewerkschaftliche Schiedsgericht heimgebracht hat. Seit Jahren verzweifelt er den Gewerkschaftskongress für seine Auffassung zu gewinnen, aber stets mit völlig negativem Erfolg. Diesmal verlangt seine Resolution nicht gerade heraus das obligatorische Schiedsgericht, sondern erklärt bloß, daß „angesichts der Notwendigkeit drastischer Aktion in Bezug auf die Formen des gewerkschaftlichen Schiedsgerichtsverfahrens und da vom obligatorischen Schiedsgericht die Rede gewesen ist“, so möge der Kongress das Parlamentarische Komitee beauftragen, für den nächsten Kongress einen Bericht über die Grundlage solcher Schiedsgerichtsbarkeit und Tarifverträge abzufassen.

In seiner Begründung sagte Tillet, daß der im vorigen Jahre eingeführte Industriestrik viel mehr Macht habe als er haben sollte. Von der Regierung könne man nicht erwarten, daß sie ihre Macht im Interesse der Arbeiter benutze. Seine Resolution stelle keinerlei Grundfrage auf und erkläre bloß, daß die Arbeiter einen eigenen Standpunkt in der Frage haben müssen. Während des Londoner Hafenarbeiterstreiks seien die Streikführer zu den verschiedenen Ministern und zum Komitee des Kabinetts um Beistand gegangen, aber es wurde ihnen gesagt, daß die Regierung keine Macht in der Sache habe — weil sie keine Macht haben wollte. Die ganze heutige Schiedsgerichtsbarkeit ist nichts wert, wenn die Unternehmer sich ihr nicht unterwerfen wollen. Burn, ein anderer Dordarbeiter, unterließ die Resolution.

Harvey (Bergarbeiter), Mitglied des Parlaments, bekämpfte die Resolution, weil sie auf das Eingekändnis hinauslaufe, daß das obligatorische Schiedsgericht unter Umständen notwendig sei. Würden aus der Resolution alle diese Hinweise gestrichen, so daß bloß das Verlangen nach einer Untersuchung bliebe, dann hätte er nichts dagegen einzubringen. Tillet erklärte sich damit einverstanden, daß aber S. Millie (Präsident des Bergarbeiterverbandes) diesem Verfahren widerspricht, bedarf es dazu der Zustimmung des Kongresses, die später nicht erteilt wird.

Brace (Bergarbeiter), Mitglied des Parlaments, bekämpfte ebenfalls die Resolution. Wir müssen alles vermeiden, was den Eindruck erwecken könnte, der Kongress hätte seinen alten Standpunkt gegen das obligatorische Schiedsgericht geändert, namentlich jetzt, wo die Regierung die Einbringung einer solchen Vorlage angekündigt hat. Es wäre ehrlicher gewesen, wenn Tillet offen seinen alten Vorschlag zugunsten des obligatorischen Schiedsgerichts wieder vorgebracht hätte. Tillet, der sonst wie ein Löwe brüllt, ärgert sich wie eine friedliche Taube. Er, Brace, sei gegen Streiks, und tue immer das feine, um deren Ausbruch zu vermeiden, aber wir dürfen uns niemals das Recht nehmen lassen, wenn notwendig, zu dieser Waffe zu greifen.

Davelod Wilson, Seemann und früherer liberaler Abgeordneter, ist kürzlich in Australien und Neuseeland gewesen und dort zum obligatorischen Schiedsgericht bekehrt worden. (Harvey ruft dazwischen, daß er Briefe von bekannten australischen Arbeiterführern in der Tasche habe, wonach das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren angenommen worden sei.) In Australien verlieren nur die schlecht organisierten Gewerkschaften beim Schiedsgericht, aber gut und gründlich arbeitende Organisationen, die ihre Sache gründlich und ordnungsmäßig vorbringen, haben fast immer großen Vorteil erzielt.

Ward (Erdarbeiter), liberales Parlamentsmitglied, ist für die Resolution. Er hofft, daß sich der Kongress von Crooks Vorlage, die allerlei Strafen vorsieht, nicht beeinflussen lassen werde. Der Kongress nimmt jahraus, jahrein Resolutionen gegen das obligatorische Schiedsgericht an, aber sobald es zu einem großen Streik kommt, laufen die Streikführer zur Regierung und verlangen die Entscheidung des Schiedsgerichts. Das kann nicht so weitergehen und wir müssen irgendeine regulierte Form finden.

Gosling (Präsident des Transportarbeiterverbandes) erklärt, daß die Transportarbeiter als Organisation gegen das obligatorische Schiedsgericht sind und nur eine Untersuchung wollen. Sie sind nur so weit gegangen, daß sie erklärt haben, daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, um die Einhaltung von von beiden Seiten freiwillig eingegangenen Verträgen zu erzwingen. Gerade die Weigerung der Reeder, von ihnen eingegangene Verträge zu honorieren, hat zu dem Londoner Hafenarbeiterstreik geführt.

Daden (Textilarbeiter) bekämpft ebenfalls die Resolution. Für eine Untersuchung bestehe keine Notwendigkeit. Wir wissen schon längst alles, was wir zu unserm Entschlusse nötig haben. Panache wird unter keinen Umständen etwas vom obligatorischen Schiedsgericht wissen wollen. Die Textilarbeiter sind ganz gut ohne obligatorisches Schiedsgericht auskommen, und alles, was nötig ist, ist eine starke Organisation. Nur schwache Organisationen wünschen ein obligatorisches Schiedsgericht.

Smilie (Bergarbeiter): Die Resolution ist der alte Vorschlag in neuer Verkleidung. Nach Wilsons und Wards Rede für das obligatorische Schiedsgericht darf die Resolution unter keinen Umständen angenommen werden. Er müsse auch sehr nachdrücklich die Behauptung zurückweisen, daß die Bergarbeiter während des Streiks um die Intervention der Regierung nachgelehrt hätten. Im Gegenteil, sie haben den ersten Interventionsversuch der Regierung entschieden abgelehnt.

Shaw (Textilarbeiter) ist sehr entschieden gegen die Resolution. Der eine kommt aus Australien zurück und lobt das obligatorische Schiedsgericht in den Himmel, der andre kommt als Syndikalist und glaubt an weiter nichts als Streiks, Streiks und Streiks. Wem sollen wir da glauben? Wir müssen uns wohl unsere Meinung nach unsern eignen Bedürfnissen und Bedingungen bilden. Die Bedingungen in Australien sind ganz andere. Dort hat die Arbeiterklasse eine große Macht im Staate und kann sich auf die Unparteilichkeit der Schiedsrichter einigermassen verlassen. In unsrer Schiedsrichter kommen aus Oxford und Cambridge und haben keine Ahnung von der Gedankenwelt der Arbeiterschaft.

wir wissen schon, warum ihr unsre Arbeit nicht bezahlen wollt; weil wir Stimmrecht zum Reichstag bekommen müßten, und davor ist man bange...

— Herr Vorsitzender!

— Rittmeister von Sporn!

— Und das wißt ihr wohl, daß die Einküßungskommission die Steuer herabsieht, sobald sie die und die Ziffer erreicht. Wenn ich das Wort in meiner Macht hätte, würde ich viel mehr sagen, aber das nützt so wenig...

— Rittmeister von Sporn!

— Herr Vorsitzender, meine Herren! Es ist höchst unerwartet, daß es in einer Versammlung wie diese, die sich sonst durch ihr würdiges Auftreten (zuletzt beim königlichen Beilager) einen guten Namen gemacht hat, Leuten ohne allen parlamentarischen Takt erlaubt sein soll, einen achtenswerten Verein durch Scham- und rücksichtsloses Verachten aller Formen zu kompromittieren. Glauben Sie mir, meine Herren, so was wäre nicht geschehen in einem Land, in dem man von Jugend auf militärische Zucht...

— (Allgemeine Wehrpflicht, sagte Erifson zu Olle.)

...gelernt hätte; wo man sich daran gewöhnt hätte, sich selbst und andre zu regieren! Ich spreche die gemeinsame Hoffnung aus, daß ein so störender Auftritt sich unter uns nicht wiederholen möge; ich sage uns — denn ich bin auch Arbeiter — wir sind alle Arbeiter vor dem Ewigem — und ich sage es als Mitglied dieses Vereins. Der Tag würde ein Tag der Trauer sein, an dem ich die Worte zurücknehmen müßte, die ich in diesen Tagen auf einer andern Versammlung äußerte (es war im Nationalverein der Freunde der Wehrpflicht); die Worte: ich denke hoch vom schwedischen Arbeiter!

— Bravo! Bravo! Bravo!

— Ist der Antrag des vorbereitenden Ausschusses mit Ja beantwortet?

— Ja! Ja!

— Zweiter Punkt: „Auf den Antrag einzelner Mitglieder stellt der vorbereitende Ausschuß dem Verein anheim, zur Konfirmation des Herzogs von Valsland, als ein Zeichen der Dankbarkeit des schwedischen Arbeiters seinem Königshaus gegenüber, besonders aber als ein Ausdruck der Miß-